



Magna-Boss Stronach: 11.700 Euro Stundenlohn!



Im Frühling gibt es wieder Gelegenheit für so manch aufregende Begegnung in den Grazer Parkanlagen. Zeit für erholsame Stunden wünscht allen Bürgerinnen und Bürgern ihr Grazer Stadtblatt.

Pensionisten müssen 1 Jahr lang damit auskommen. Für Frank Stronach ist es ein Stundenlohn: 11.700 Euro! Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Die Managergehälter explodieren. (Ausführlich auf S. 3)



Der Verein „Grazer Taxi Initiative“ veranstaltet am 30. April 05 das

3.Preisschnapsen der Grazer Taxler/innen.

Beginn um 14.00 Uhr im Karl-Drews-Klub, Schützgasse 16
Alle Kolleginnen und Kollegen sind dazu herzlich eingeladen.
Telefonische Anmeldung beim Kollegen Erhard unter 0664/ 33 565 31

MEINUNG

Von
KPÖ-Wohnungsstadtrat
Ernst Kaltenegger

Ein lächerliches Spiel

Nachdem ÖVP und SPÖ – meist auch mit Hilfe der FPÖ – in den vergangenen Jahren Unsummen an Steuergeld in sündteure Prestigeprojekte gesteckt haben, klafft in den städtischen Kassen ein tiefes Loch. Jetzt sollen die Gürtel enger geschnallt werden. Ein Großteil der stadteigenen Liegenschaften wurde bereits zu Geld gemacht. Unter dem merkwürdigen Titel „Aufgabenkritik“ haben ÖVP und SPÖ im Gemeinderat beschlossen, künftig in allen Bereichen den Rotstift anzusetzen. Radikale Einsparungen und Tarifierhöhungen sollen die Sünden der Vergangenheit wieder ungeschehen machen und die maroden Stadtfinanzen sanieren. In einer gemeinsamen Tagung von ÖVP und SPÖ im November des Vorjahres – selbstverständlich unter Ausschluss der KPÖ – hatte man sich Punkt für Punkt des Grazer Belastungspaketes ausgeschnapst.

Es wären aber nicht unsere altbekannten Großparteien, wenn sie dabei nicht wieder ein lächerliches Spiel vorführen würden. Mittlerweile hat man nämlich erkannt, dass ihre gemeinsamen Beschlüsse auch Auswirkungen haben, die den Unmut der Bevölkerung hervorrufen. Also möchte man schnell in das Kostüm des Unschuldslammes schlüpfen. Eifrige Bezirksmandatäre oder auch Gemeinderäte kritisieren plötzlich heftig die Folgen der von ihnen selbst beschlossenen Sparpolitik. Ob es um die Schließung von Schulen, Tarifierhöhungen oder die Abschaffung des Gratis-Parkens an Samstagen geht – man zeigt sich empört! Um dabei noch etwas politisches Kleingeld zu erhaschen, richtet sich die Kritik natürlich ausschließlich gegen die jeweils andere Partei.

Es ist beschämend, wie offensichtlich hier mit der Uninformiertheit der Bevölkerung spekuliert wird. Allerdings durchschauen immer mehr Bürgerinnen und Bürger dieses Spiel. So könnte es durchaus sein, dass bald einmal die Rechnung für eine solche Politik der Verschaukelung nicht mehr aufgeht.



Schreiben Sie uns Ihre Meinung:
Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 71 62 91
mail: stadtrat.kaltenegger@stadt.graz.at

Stadtmuseum: Falsche Weichenstellung

Das Grazer Stadtmuseum wird in eine GmbH umgewandelt. Diesen Beschluss setzten VP, SP und FP im Gemeinderat gegen die Stimmen von KPÖ und Grünen durch.

KPÖ-Kultursprecher Georg Fuchs: „Das Stadtmuseum muss sich nicht verstecken, es bietet seit langem lokal und international Aufsehen erregende Ausstellungen und Veranstaltungen von hohem wissenschaftlichem Wert, es kann aber auch auf eine beeindruckende Besucherstatistik verweisen. 2004 besuchten über 32.000 Menschen die drei Abteilungen des Museums (Stadtmuseum, Garnisonmuseum und Robert-Stolz-Museum).

Trotzdem wurde in jüngster Zeit von einigen Repräsentanten der Stadt kein Untergriff ausgelassen, um das Haus krank zu reden, seine Beschäftigten schlecht zu

machen. Diese leisten trotz der tristen finanziellen Situation des Hauses engagierte Arbeit.

Rätselhaft bleibt, was durch die Umwandlung der Rechtsform gewonnen wird. Laut Stadtrat Buchmann ist die GmbH ohnehin kaum finanzierbar. Trotzdem müssen nun Vereinbarungen mit der Stadt getroffen werden, was einen erheblichen organisatorischen und finanziellen Aufwand bedeutet. Die Geschäftsführung wird riesige Summen verschlingen, ohne dass Geld für reale Verbesserungen da wäre.

Diese Konzeptlosigkeit wird noch deutlicher, wenn man die weiteren Pläne betrachtet, wenn sie auch nicht sofort umgesetzt werden. Egal, ob das Stadtmuseum in der 2003 – GmbH oder im Joanneum aufgelöst wird, eines ist sicher: Dem Grazer Stadtmuseum, wie wir es kennen, wird damit der Todesstoß versetzt.“

ÖVP und SPÖ schließen Sozialbäder



Erst vor wenigen Jahren wurde das Volksbad Gabelsbergerstraße um viel Geld saniert. Jetzt ist es für immer geschlossen.

Trotz heftigen Protestes betroffener Gäste und auch der KPÖ gehören die jahrzehntlang beliebten „Tröpferlbäder“ in der Gabelsbergerstraße und in der Gaswerkstraße seit einigen Wochen der Vergangenheit an.

Vor allem Menschen höheren Alters und geringerer Mobilität sind betroffen und enttäuscht. So mancher, der sich keinen Urlaub leisten kann, sieht sich um das bißchen an leistbarer Lebensqualität gebracht.

Sie verlieren jedes Maß! Managergehälter explodieren

Die Managergehälter steigen immer schneller an, während die arbeitenden Menschen, die Pensionisten und die Arbeitslosen den Gürtel enger schnallen müssen. Jüngstes Beispiel: Frank Stronach hat persönlich im Jahr 2004 laut „Format“ insgesamt 45 Millionen Euro kassiert. Das ist eine Summe, die man sich nicht mehr vorstellen kann. Umgelegt auf eine 80-Stundenwoche beträgt der „Stundenlohn“ für den Magna-Chef fast 11.700 Euro!

In Stronachs Liga spielen andere österreichische Manager nicht mit. Ihre Gagen sind aber auch nicht zu verachten: Die Rekordgage in Österreich hat im Vorjahr 4,55 Millionen Euro betragen und ist von Erste-Bank-Chef Andreas Treichl kassiert worden. Sein „Stundenlohn“: 1.100 Euro.

Auf der anderen Seite sind die Pensionist/inn/en, die heuer höchsten 10,30 Euro Pensions-

erhöhung (brutto) bekommen haben, oder die Teilzeitbeschäftigten, die von einem Mindestlohn von 1000 Euro brutto nur träumen können.

Auf der anderen Seite sind auch die Arbeitslosen, die von der Inflation voll getroffen werden. Die Superreichen sind eine kleine Minderheit. Aber diese



11.700 Euro Stundenlohn für Frank Stronach – kein Wunder, dass er von den Politikern hofiert wird.

Minderheit bestimmt, was in der Gesellschaft geschieht.

Der Chefredakteur der Kleinen Zeitung, Dr. Erwin Zankel, schreibt in einem Leitartikel am 5. April: „Man muss blind sein, wenn man das Unbehagen am System nicht bemerkt. Dogmatische Belehrungen, dass Mindestlöhne gerade die Jobs der Schwächsten gefährden, sind zynisch. Wer hat den Nutzen, wenn Polen oder Rumänen bei uns für zwei oder drei Euro arbeiten? Die Konsumenten oder der Unternehmer? Und wer glaubt

den Aposteln des Kapitals, wenn sie verkünden, erst Gewinne schaffen Arbeitsplätze? Jetzt gibt es Rekordgewinne und Rekordarbeitslosigkeit. Das schürt die Angst, dass der Mensch nur noch eine Ware ist.“

Die Umverteilung von den arbeitenden Menschen zu den Konzernen und den Managern muss gestoppt werden.

Soziale Gerechtigkeit kann es nur geben, wenn die Riesengagen der Manager und die Politikerprivilegien der Vergangenheit angehören.

Privilegienbeispiel EU

Super-Leistungen für Abgeordnete

Luxuriöse Vollversorgung im Europa-Parlament: EU-Abgeordnete und ihre engsten Angehörigen erhalten ungewöhnlich großzügige Gesundheitsleistungen:

Die 732 EU-Parlamentarier, ihre Ehepartner und jedes Kind hätten Anspruch auf jeweils bis zu 30.000 Euro Gesundheitsleistungen im Jahr, berichtet die „Bild am Sonntag“. Alle Arzt- und Krankenhauskosten würden übernommen, darüber hinaus „ärztlich verordnete Arzneimittel“, auch wenn sie rezeptfrei seien.

Während die Regierungen in ganz Europa bei den gesetzlichen Krankenversicherungen sparten, profitierten die EU-Abgeordneten immer noch von einer luxuriösen Vollversorgung. So werde für eine Zahnkrone in Gold bis zu 185,92 Euro ge-

zahlt. Die EU-Politiker erhielten außerdem bis zu 60 „therapeutische Anwendungen“ im Jahr wie Heilmassagen, Schlambäder, Fangopackungen, Unterwassermassagen, Reizstrombehandlungen, bis zu 40 Infrarot- oder Ultraschallbestrahlungen sowie bis zu 30 Akupunkturbehandlungen. Für Brillengläser würden je nach Sehstärke 85 bis 216,75 Euro übernommen, für Brillengestelle 63,46 Euro, für Kontaktlinsen maximal 300 Euro.

Die Gesundheitsleistungen stehen allen EU-Abgeordneten zu. Dabei können sie wählen: Wenn sie zuerst ihre nationalen Krankenkassen in Anspruch nehmen, übernimmt die EU sämtliche Kosten, die von den Kassen nicht getragen werden. Oder sie erhalten von der EU 80 Prozent der Gesamtkosten erstattet.

Managergehälter in Österreich (2004)

Andreas Treichl	Erste Bank	4,55 Mio. €
Erich Hampel	BA-CA	1,25 Mio. €
Wolfgang Reithofer	Wienerberger	1,23 Mio. €
Helmut Draxler	RHI	1,20 Mio. €
Wolfgang Leitner	MF Andritz	1,00 Mio. €
Wolfgang Ruttensdorfer	OMV	930.000 €

Kostenerhöhung in Pensionistenheimen

Gegen die Stimmen der KPÖ im Grazer Gemeinderat wurde eine Kostenerhöhung in den Geriatrischen Gesundheitszentren beschlossen, wonach ab

1.1.2005 ein zusätzlicher Einbettzimmerzuschlag von täglich 6 Euro pro Tag, zu den ohnedies hohen Heimgebühren, eingehoben wird.

Armutsfalle Mitversicherung

Das böse Erwachen der Familie Fischer

Ein Leben lang haben sie schwer gearbeitet: Herr Fischer war Kraftfahrer. Frau Fischer hat 4 Kinder großgezogen. Jetzt ist Herr Fischer in Pension. Da Frau Fischer nie berufstätig war, ist sie mit ihrem Mann mitversichert. Es ist nicht einfach, mit der niedrigen Pension von Herrn Fischer auszukommen.

Zudem hat Herr Fischer Probleme mit der Wirbelsäule und Diabetes, was einen zusätzlichen Aufwand für Diät und Adaptierungen im Wohnungsumfeld erfordert. Zum Glück erhält Herr Fischer Pflegegeld der Pflegestufe 1, und der Mehraufwand an Medikamenten bleibt dem Ehepaar durch die Rezeptgebührenbefreiung erspart.

Doch eines Tages passiert

das Unglück: Frau Fischer bricht in ihrer Wohnung ohnmächtig zusammen. Der Notarzt wird herbeigerufen. Frau Fischer muss mit der Rettung ins Krankenhaus

Graz-West überweisen. Bald darauf kommt auch schon die zweite Rechnung über 91,70 Euro.

Frau Fischer klagt: „Aber wir haben doch das Geld nicht. Deshalb sind wir ja auch von der Rezeptgebühr befreit“. In wenigen Tagen muss Frau Fischer wieder ins Krankenhaus: Eine Operation soll verhindern, dass sich der Schlaganfall wiederholt. Mindest-

zur Pension von Herrn Fischer das Pflegegeld hinzu, um dann festzustellen, dass das Taggeld nicht rückvergütet werden kann, weil das Einkommen zu hoch sei. „Das darf doch nicht wahr sein!“ Das Ehepaar Fischer versteht die Welt nicht mehr.

Innerhalb von einem Monat soll Frau Fischer mehr als 300 Euro an Taggeld bezahlen, nur



Unsozial: Herr Fischer ist von der Rezeptgebühr befreit, seine mitversicherte Frau, die kein eigenes Einkommen hat, muss für den Spitalsaufenthalt zahlen.

Erster Erfolg für Betroffene

Mit einem Dringlichkeitsantrag machte KPÖ-Klubobfrau Elke Kahr im Grazer Gemeinderat auf diese Ungerechtigkeit aufmerksam. Künftig soll die Befreiung vom Spitalkostenbeitrag nicht nur für Versicherte, die von der Rezeptgebühr befreit sind, sondern auch für deren mitversicherten Angehörige gelten. Das fordern alle Gemeinderatsparteien und ersuchen die Gesetzgeber, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Elke Kahr: „Für viele Menschen mit nicht sehr hohem Einkommen haben die Erhöhungen im Gesundheitsbereich zu erheblichen finanziellen Problemen geführt. Allein Ende letzten Jahres wurden die Kosten für die Rezeptgebühr, der Spitalkostenbeitrag und die Krankenversicherungsbeiträge erhöht und auch die Selbstbehalte bei Brillen und Kontaktlinsen sind teurer geworden. Deshalb ist dieser Antrag so wichtig. Hoffentlich wird er in Bund und Land schnell umgesetzt.“

gebracht werden, wo ein Schlaganfall festgestellt wird.

Zu Hause versucht Herr Fischer trotz seiner gesundheitlichen Probleme allein zurechtzukommen. Jemanden ins Haus zu holen, der Herrn Fischer während der Abwesenheit seiner Frau unterstützen würde, ist finanziell nicht drin, zu hoch sind die Kosten für Miete, Strom, das Auto und einen kleinen Kredit.

Krankenhausrechnung trotz Rezeptgebührenbefreiung

Noch während Frau Fischer stationär in der Sigmund-Freud-Klinik ist, trudelt die erste Rechnung ein: 117,90 Euro an Taggeld soll Herr Fischer an das LKH

tens eine Woche lang wird Frau Fischer im Krankenhaus bleiben müssen. Herr und Frau Fischer sind verzweifelt.

Sie hoffen, dass es sich um einen Irrtum handelt. Ein Anruf bei der Leistungsabteilung der Gebietskrankenkasse bestätigt nur den schrecklichen Verdacht: So erfahren wir, dass der Hauptversicherte nur 8,08 Euro Taggeld zu bezahlen hat, bei Befreiung von der Rezeptgebühr aber gar nichts. Die mitversicherte Angehörige wird mit einem Taggeld von 13,10 Euro zur Kasse gebeten. Befreiung gibt es für mitversicherte Angehörige keine. Die Gebietskrankenkasse verweist auf das Sozialamt. Doch beim Sozialamt rechnet man

weil sie seinerzeit vier Kinder großgezogen hat und daher bei ihrem Mann mitversichert ist? „Ich habe meinem Mann gesagt, wenn das wieder passiert, dass ich zusammenbreche und wenn die Rettung kommt, soll er gleich sagen, sie brauchen mich nicht mehr mitzunehmen, weil wir ja eh nicht für das Krankenhaus zahlen können“, sagt Frau Fischer.

Wo ist hier die Gerechtigkeit, wenn Menschen für Krankheit doppelt bestraft werden! Der Sozialstaat verabschiedet sich. „Glaubt an dieses Österreich“, darum hat uns Leopold Figl vor 60 Jahren gebeten. Die heutige Sozialpolitik stellt diesen Glauben auf eine harte Probe!

Kehren, waschen, reparieren, Blumen pflanzen ... und das alles flächendeckend und gleichzeitig?

Das Frühjahr stellt für die Mitarbeiter der Wirtschaftsbetriebe regelmäßig die Hochsaison ihrer Arbeit dar.

Auf manchen Grazer Straßen musste beispielsweise Anfang März aufgrund der nächtlichen Eisbildung noch Splitt gestreut werden, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten.



KPÖ Stadträtin Wilfriede Monogioudis: „Zwischen dem letzten Schnee und der Grünpflanzung blieb kaum Zeit.“

Ein paar Straßenzüge weiter wurden zeitgleich bereits die Fahrbahnen und Plätze gekehrt und gewaschen.

Alle Kinderspielplätze müssen routinemäßig auf die Sicherheit ihrer Spielgeräte überprüft und die Grünflächen gereinigt werden, währenddessen die Gärtner bereits neue Blumen auspflanzen.

„Im Frühjahr sind alle Mitarbeiter im Volleinsatz“

Wilfriede Monogioudis, zuständige Stadträtin für die Grazer Wirtschaftsbetriebe, „und die Mitarbeiter kommen jeder Beschwerde einzeln nach. Trotzdem müssen wir die Bevölkerung auch um Verständnis bitten, dass wir nicht überall gleichzeitig arbeiten können.“

Das gesamte Grazer Straßennetz wird auf einer Länge von fast 1.000 Kilometern gekehrt und gewaschen, 213 Hektar Grün- und Parkflächen werden gereinigt, 80 Brunnenanlagen überprüft und wieder in Gang gesetzt und 480 Spielgeräte überprüft und gegebenenfalls repariert.

Noch vor Ostern wurde die Frühjahrs-pflanzung weitgehend beendet, bei der rund 100.000 Frühlingsblumen aus-pflanzen waren.

„Zwischen der letzten Fahrt eines Schneepfluges und der ersten Grünpflanzung lagen heuer nur zwei Wochen, in der Zeit dazwischen mussten die Wirtschaftsbetriebe richtiggehend zaubern.“ Gut, dass diese Arbeit auch geschätzt wird: „Heuer haben wir aus der Bevölkerung auch viel Lob bekommen, das motiviert die Mitarbeiter natürlich besonders“ so Stadträtin Monogioudis.



Mietvertragsgebühren: Finanzminister kassiert ohne jede Gegenleistung!

Ohne jede Gegenleistung zu erbringen, kassiert der Finanzminister bei Mietverträgen eine Vertragserrichtungsgebühr. Bei Abschluss eines Miet-, Nutzungs- oder Pachtvertrages muss eine Gebühr an das Finanzamt bezahlt werden. Diese beträgt bei Wohnungen ein Prozent von drei Jahresbruttomieten.

Formell ist gegenüber dem Finanzamt der Vermieter für die Vergebühung zuständig. Tatsächlich ist es aber in den Mietverträgen üblich, dass diese Gebühr auf die Mieter und Mieterinnen überwältigt wird. Die Mieter/innen und Pächter erhalten hierfür aber keinerlei Gegenleistung.

Weder das Finanzamt noch irgendeine andere Behörde überprüfen, ob vergebührte Verträge gesetzeskonform sind: Es gelten sogar gesetzwidrig überhöhte

Mieten als Bemessungsgrundlage. Ein Vermieter hat sogar in seinen Mietverträgen eine Klausel aufgenommen, wonach die Mitgliedschaft bei einer Mietervertretung einen Kündigungsgrund darstellt. Selbst derart unzulässige Formulierungen in Mietverträgen hindern das Finanzamt nicht, die Vergebühung zu verlangen und durchzuführen.

Die MieterInnen können erst nach Abschluss des Mietvertrages den Mietzins von Behörden und

Gerichten überprüfen und eventuell herabsetzen lassen. Aber auch, wenn sich herausstellt, dass Vereinbarungen im Mietvertrag unzulässig waren und die Miethöhe gerichtlich, herabgesetzt wird,



Egal ob unrechtmäßig überhöhte Mieten oder befristete Verträge im Spiel: Das Finanzamt kassiert immer bei den Mietern.

gibt es keinerlei Rückerstattung der zuviel eingehobenen Mietvertragserrichtungsgebühr.

In Folge der steigenden Zahl von befristeten Mietverträgen ist dies für immer mehr Menschen eine spürbare Belastung. Zusätzlich wird bei jeder Verlängerung eines befristeten Mietvertrages (Pachtvertrages) die Gebühr vom Finanzamt neuerlich abkassiert. Je höher Miete (Pacht) und Betriebskosten sind, desto höher die Gebühren. Schätzungsweise 15 Millionen Euro kassiert der Finanzminister jährlich auf diese Weise!

Die Grazer KPÖ tritt dafür ein, die Gebühren auf Mietverträge abzuschaffen!

Ein Beitrag zur Befreiung von Graz 1945

Wo heute in der Murgasse das Kaufhaus Vögele ist, war seit Oktober 1944 im bombenbeschädigten Kaufhaus „Moden Müller“ das Zentrum der Widerstandsgruppe „Steirische Kampfgemeinschaft“, die am 8. Mai 1945 einen – heute vergessenen – Beitrag zur Befreiung leistete.

Diese Gruppe um den Sohn des Hauses, Hans Müller, und den nachmaligen KPÖ Gemeinderat Ferdinand Kosmus hatte in den letzten Monaten vor dem Ende der NS-Herrschaft Kontakte zu allen größeren Grazer Betrieben und zu militärischen Einheiten hergestellt. In den letzten Wochen wurden im Keller des Kaufhauses Flugblätter hergestellt, die sich an Volkssturm- und Wehrmachtsangehörige und die Zivilbevölkerung richteten und die zum Kampf gegen den Nationalsozialismus durch Sabotage und Fahnenflucht aufriefen. Mitgliedern der Kampfgemeinschaft gelang es mit dem Militärkommandanten von Graz, Oberst Leonhardt, einen kampflosen Rückzug der Wehrmachts-einheiten zu vereinbaren und die Sprengung der Brücken über die Mur zu verhindern.

Nachdem am 8. Mai 1945 bekannt geworden war, dass Gauleiter Uiberreither Graz verlassen hatte, begaben sich einige Männer der „Kampfgemeinschaft“ in die Polizeidirektion, wo sie, unterstützt durch 30 bewaffnete griechische Fremdarbeiter, die noch inhaftierten politischen Häftlinge befreiten und sich in den

Dienst einer ersten Polizei stellten. Gleichzeitig übernahmen Mitglieder der „Kampfgemeinschaft“ in verschiedenen Grazer Betrieben die Macht und sicherten sie vor geplanten Zerstörungen durch die Nazis. Als am 8. Mai gegen 22 Uhr ein Anruf von der Wachstube

Schanzelgasse kam, dass ein Parlamentär der Roten Armee, die auf der Ries stand, in die Polizeidirektion kommen und über eine gewaltlose Übergabe der Stadt Graz Verhandlungen führen werde, empfingen die bewaffneten Einheiten der „Kampfgemeinschaft“

diesen bereits in einem befreiten Graz. Als wenig später die erste Grazer Stadtregierung gebildet wurde, saß mit Josef Kovacic, der Stadtrat für das Wohnungswesen wurde, auch ein führendes Mitglied der „Kampfgemeinschaft“ in der Stadtregierung.

Die Steiermark wird frei!

1945 – 1955 – 2005
Widerstand – Befreiung – Neutralität

Festveranstaltung

Eröffnung:
Stadtrat Ernest Kaltenegger (Graz)
Bernd Luef: „Epitaph“ ... Eine musikalische Grabinschrift in 6 Teilen.

Univ. Prof. Dr. Hans Hautmann (Universität Linz),
Präsident der Alfred Klahr Gesellschaft:
Befreiung, Staatsvertrag, Neutralität und das Österreich von heute.

Mag. Heimo Halbrainer (Graz):
Die KPÖ in der Steiermark 1945. Widerstand und Befreiung

Mag. Manfred Mugrauer (Alfred Klahr Gesellschaft):
Die Politik der Kommunistischen Partei Österreichs in der Provisorischen Regierung Renner

Samstag, 30. April 2005
Volkshaus Graz, Lagergasse 98 a
Beginn 9.30 Uhr

kaltenegger
KSV KPÖ

Alfred Klahr Gesellschaft

Fotos: Graz, Kämpfgebäude gegen den Faschismus vor der Burg, 23. 5. 1945

Veranstalter/innen: KPÖ, Verein für soziale Stadtentwicklung, KSV, Alfred Klahr Gesellschaft

INVENTUR 1945/55 – Zeitgeschichte bei CLIO

Anlässlich des Gedenkjahres beschäftigt sich der Verein CLIO in Vorträgen, Lesungen, Stadterkundungen mit der Zeit 1945 bis 1955.

Alle Termine unter:
www.clio-graz.net/



Von Elke Kahr

Tarifschub bei Grazer Kindergärten

Foto: Stadt Graz/Pachernegg

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird in unserem Land immer größer. Seit dem veröffentlichten Sozialbericht leugnet das auch fast kein Politiker mehr. Es genügt aber nicht, auf diese Tatsache hinzuweisen. Man muss auch etwas dagegen tun.

Deshalb lehnte die KPÖ die massive Erhöhung der Kindergarten-, Kinderkrippen- und Hortbeiträge in der Gemeinderatssitzung im Februar auch entschieden ab. Die vorgesehene Erhöhung, die mit dem neuen Kindergartenjahr 2005/2006 in Kraft treten wird, ist ein Schlag für viele Familien mit geringem und mittlerem Einkommen. Die Kostenerhöhung wird in Form einheitlicher Essensbeiträge unabhängig vom Einkommen eingehoben und beträgt 18 Euro im Monat. Wenn man an die Teuerung für Güter des täglichen Bedarfs denkt ist das keine geringe finanzielle Belastung für viele Familien und Alleinerziehende.

Weiters wurde beschlossen, dass erstmals den Eltern von behinderten Kindern für den bisher kostenlosen Besuch der Heilpädagogischen Einrichtungen der Stadt, nunmehr ein Betrag im Ausmaß des Erhöhungsbeitrages der Familienbeihilfe von 138,30 Euro monatlich abgeknöpft wird.

Der lapidare Schlusssatz in dem Beschlußantrag lautete: Diese beiden Änderungen bringen der Stadt Graz Mehreinnahmen von 530.000 Euro jährlich bei den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen.

Eine Gegenrechnung, welche Belastungen die Familien und Alleinerziehenden jährlich zu tragen haben, erfolgt natürlich nicht. Denn dann würden auch viele Stadtpolitiker/innen sehen, dass auch ihre Beschlüsse dazu beitragen, dass die Armut ansteigt.

Armut war und ist kein Schicksal, sondern immer die Folge von Herrschafts- und Eigentumsverhältnissen in unserer Gesellschaft und ganz konkreter Beschlüsse auch der verantwortlichen PolitikerInnen von Graz.



Abschied von der Villa Hartenau: Über viele Jahrzehnte hinweg ist die Villa Hartenau für viele Kinder und Jugendliche in oft schmerzhaften Situationen ein Zuhause gewesen. Nun hat die Stadt Graz diese wunderschöne Liegenschaft verkauft. Die KPÖ bedauert diese Entscheidung sehr.

Landtagswahl im Herbst:

„In Stadt und Land – KPÖ“

Stadtrat Kaltenegger ist Spitzenkandidat der KPÖ bei der steirischen Landtagswahl. Kaltenegger wird in allen vier Wahlkreisen an erster Stelle antreten. Wahlziel ist der Einzug in den Landtag mit einem Grundmandat im Wahlkreis 1 (Graz und Graz-Umgebung).

Und so begründet Wohnungsstadtrat Kaltenegger diese Entscheidung:

„Wir haben noch viele Aufgaben in Graz zu lösen, aber es ist eine Chance für die KPÖ, wieder eine politische Kraft im Land zu werden. Wir sind gegen die Eventpolitik, die in den letzten Jahren ausgeübt wurde. Der Showcharakter stand immer mehr im Vordergrund, das wollen wir verändern. Viele steirische Politikerinnen und Politiker haben es in den letzten Jahren zu sehr in den Vordergrund

gestellt, sich im Glanz irgendwelcher Stars zu zeigen. Das hat alles ein Heidengeld gekostet, aber für die Menschen ist dabei nichts herausgekommen. Mir erscheint es wichtiger, dass man Zeit für Leute hat, die ein Problem haben.“

Im Falle eines Erfolgs würde Kaltenegger das Mandat im Landtag annehmen. „Ich kann mir vorstellen, weiterhin Grazer Stadtrat zu bleiben. Es ist durchaus möglich, beide Funktionen auszuüben“. Er betonte, dass das für ihn aber keinesfalls zwei Einkommen be-

deutet: „Ich würde keinen Cent mehr behalten als jetzt, das Geld würde voll Bedürftigen zu Gute kommen.“

Angesichts der Polarisierung zwischen Klasnic und Voves wird es nicht leicht sein, das hochgesteckte Wahlziel zu erreichen: „Es besteht Bedarf an einer Arbeiterpartei im Landtag, die ausspricht, was die anderen verschweigen. Wir treten nicht an, um für irgendjemanden Mehrheiten zu beschaffen, sondern mit einem eigenständigen Profil. Die KPÖ ist nicht käuflich“.

in Stadt
Land

kaltenegger
KPÖ

Wohnungsstadtrat Ernst Kaltenegger:
Er würde auch auf Landesebene für mehr soziale Gerechtigkeit eintreten.



EU-Verfassung: SP und VP blockieren Initiative für Volksabstimmung



SP und VP blockierten im Grazer Gemeinderat die KPÖ-Initiative für eine Volksabstimmung in Österreich über die EU-Verfassung.

In einem Dringlichkeitsantrag hatte KPÖ-Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch die wichtigsten Kritikpunkte an diesem Projekt der europäischen Eliten zusammengefasst und betont: „Der neue EU-Verfassungsvertrag bringt eine tiefgreifende Veränderung der Verfassungsrealität in Österreich mit sich und hat große Auswirkungen auf die Lage der Gemeinden. Er orientiert darauf, die EU ökonomisch, politisch und militärisch zu einer mit den USA

gleichwertigen Supermacht zu entwickeln.“

Kern der Verfassung ist nämlich die Entwicklung der EU zu einer Militärunion durch Verankerung einer EU-Armee als Interventionstruppe sowie durch die Aufrüstungsverpflichtung, die militärischen Fähigkeiten ständig zu verbessern, aber auch die Festschreibung des neoliberalen Wirtschaftsmodells, verbunden mit der Liberalisierung und Deregulierung aller Bereiche.

Auch aus der Sicht der Gemeinden gibt es eine starke Betroffenheit durch dieses Werk. Gerade die Gemeinden müssen sich mit dem Inhalt der Verfassung kritisch auseinandersetzen und die darin verankerten Ziele mit den Interessen ihrer BürgerInnen abwägen. Die Ablehnung einer Volksabstimmung über die EU-Verfassung durch die Parlamentsparteien darf nicht das letzte Wort in dieser Angelegenheit sein. Eine Stellungnahme des Gemeinderates der zweitgrößten österreichischen Stadt kann den Anstoß zu einem Umdenken geben, zumal in 10 Mitgliedsstaaten der EU Referenden über diese Frage stattfinden.

Die Grazer Grünen – im Gegensatz zur Haltung der Bundespartei – sowie der FP-Gemeinderatsklub stimmten dem KPÖ Antrag für eine Volksabstimmung in Österreich über die EU-Verfassung zu.



Testflug in Deutschland: Der Eurofighter-Kauf war bereits eine Vorleistung der EU-Musterschüler in der Regierung.

Wichtiges zur EU-Verfassung

Das schreibt die EU-Verfassung vor. Darüber will die österreichische Regierung die Menschen nicht abstimmen lassen! Darüber wird den Menschen die Information verweigert!

- Verpflichtung zur Aufrüstung
 - Verpflichtung zur militärischen Teilnahme an der EU-Sicherheitspolitik
 - Militärische Beistandsverpflichtung - schärfer als in der NATO
 - Privilegierung der Atomindustrie
 - Druck in Richtung Privatisierung der öffentlichen Dienste
 - Verbot für die EU-Staaten, öffentliche Unternehmen besonders zu fördern bzw. aus staatlichen Mitteln Beihilfen zu gewähren
 - Weitere Zentralisierung und Hierarchisierung der Politik
 - Vorrang des EU-Rechts vor nationalem Recht
 - Festschreibung der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik als ausschließliche EU-Kompetenz; die Mitgliedstaaten verpflichten sich, diese „aktiv und vorbehaltlos“ zu unterstützen.
 - Der Austritt aus der EU ist keine souveräne Entscheidung mehr (wie bisher), sondern erfordert die Zustimmung von Ministerrat und Europäischem Parlament.
- www.friedensvolksbegehren.at

FRIEDENS-VOLKS-BEGEHREN Jetzt unterschreiben!

Wo? Amt für Wahlen und Einwohnerwesen
Beethovenstraße 9, 8011 Graz,
Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 8.00-13.00 Uhr
Unterstützungserklärungen gibt es im Amt, bei der KPÖ-Graz und im KPÖ-Gemeinderatsklub.

Die Unterstützungserklärung muss im Magistrat direkt vor dem Beamten unterzeichnet werden. Eine halbe Stunde für das Friedensvolksbegehren ist eine Investition in Frieden, Sicherheit und Solidarität. Ausweis nicht vergessen!

MENSCHENKETTE

Ja zur Neutralität! - Nein zur EU-Verfassung! - Volksabstimmung!

Samstag, 7. Mai 2005, 16 Uhr

Vor dem Parlament in Wien

Tritt die EU-Verfassung, so wie geplant, in Kraft, ist es vorbei mit der Neutralität. Der Verfassungsvertrag steht in völligem Widerspruch zum Recht der 2. Republik. Führende Rechtsexperten argumentieren, dass eine Volksabstimmung zur Ratifizierung zwingend erforderlich ist. Wird der „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ ohne Volksabstimmung ratifiziert, entspricht dies einem kalten Staatsstreich.

Unrecht darf nicht Recht werden! Keine Ratifikation der EU-Verfassung!

Ja zur Neutralität!

Keine Beteiligung an der EU-Armee! Keine Annäherung an die NATO!

Soziale Sicherheit statt Aufrüstung!

Aus Graz fährt ein Bus zur Menschenkette: Anmeldung: 71 24 79

Straßenbahn und Bus werden teurer

Die für 1. Juli 2005 angekündigte Erhöhung der Tarife im Steirischen Verkehrsverbund ist angesichts der Feinstaubbelastung im Großraum Graz ein denkbar schlechtes Signal für Pendler/innen und Umwelt.

der Stadtwerke. Dadurch ist eine Querfinanzierung der Grazer Verkehrsbetriebe aus den Erträgen des Energiebereichs nicht mehr möglich.

Jetzt ist die Stadtpolitik gefordert, um nach wirksamen



Viele Grazer Senioren mit geringem Einkommen müssen jetzt für ihre GVB-Jahreskarte tiefer in die Tasche greifen.

Die Tarife für Bus und Straßenbahn sollen um fast 5 Prozent steigen. Dabei liegt der letzte Tarifsprung erst einige Monate zurück.

Statt dessen wären ernsthafte Überlegungen über eine Senkung der Fahrgasttarife und über einen Nulltarif beim Verkehrsverbund an Tagen erhöhter Umweltbelastung notwendig. Es ist nicht förderlich, wenn Stadt Graz und GVB einander den „Schwarzen Peter“ zuschieben. Jetzt rächt sich der Verkauf des Energiebereichs

Steuerungsmitteln bei der Verkehrsentwicklung zu suchen. Eine gesteigerte Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs hängt nämlich nicht zuletzt von einer attraktiven Tarifpolitik ab.

Die Stadt selbst betätigt sich ebenfalls als Preistreiber bei den GVB. So wurde gegen die Stimmen der KPÖ – die Kosten für die Mobilitätskarte von 15 auf 30 € pro Jahr erhöht. Bekanntlich gilt diese Ermäßigung für Senioren und Behinderte.

Höhenkontrolle bei Lutz-Unterführung

Im Bereich Ostbahnunterführung Lagergasse beim Möbelhaus Lutz kommt es immer wieder wegen der geringen Durchfahrthöhe von 3 Metern zu Rammunfällen, in die sogar PKW-Möbeltransporter verwickelt sind. Die Verkehrszeichen, die auf die Durchfahrthöhe von 3 Metern hinweisen, werden oft übersehen. Bei den Lenkern handelt es sich oft um

Kunden des Möbelhauses, die ihren Einkauf transportieren

Es wäre mit geringem finanziellen Einsatz möglich, vor der Unterführung eine Höhenkontrolle anzubringen, wie dies bei Parkhäusern der Fall ist und Schaden vermeiden. Gemeinderat Hubert Reiter machte mit einer Anfrage an den Bürgermeister auf dieses Problem aufmerksam.

GASTKOMMENTAR

Die Gruabn ist verkauft, wird verkauft, oder?

Die Zeitungen der letzten Wochen waren voll davon: Verkauf der Gruabn ... – Und was soll kommen? Wohnungen, der Grazer Sportklub, ein öffentlicher Park oder Wohnungen mit privater Hundewiese (genannt Parkraumgestaltung mit Bürgerbeteiligung)?

Die Bürgerinitiative „Park statt Gruabn“ kämpft seit 1996 gegen eine Verbauung der letzten grünen Oase in weitem Umkreis. Jetzt, wo es Pläne zur vollständigen Zupflasterung und Bebauung des Messequadranten (von der Münzgrabenstraße bis einschließlich GSC-Platz und vom Jakominigürtel bis einschließlich Fröhlichgassenparkplatz) gibt, das Messeschlößl mit den umliegenden Grundstücken bereits an die GRAWE verkauft ist (maximale Bebauungsdichte!) versuchen wir, wenigstens die Gruabn zu retten.

Kartnig und Graz haben sich geeinigt. Das wird zumindestens in der Zeitung gesagt. Graz – das heißt ÖVP und SPÖ – tagten im

Gemeinderat am 14. April um auch über diesen Kauf abzustimmen.

Wenn Sie diese Zeitung lesen, wird schon alles entschieden sein. Was gibt es noch zu entscheiden? Der Grazer Sportklub möchte in die Gruabn. Die SPÖ sagt: Das geht nicht, weil die Gruabn zu klein ist (sie war nur groß genug für Sturm!). Die ÖVP sagt: Der GSC soll in die Gruabn, aber Graz soll finanziell nicht draufzahlen. Und die Bevölkerung sagt: Lasst uns unser Grün, entweder GSC oder öffentlicher Park ohne Verbauung. Wenn H. Kartnig kolportierte 1,4 Millionen Euro Ablöse fordern kann und bekommt (der Sturmplatz war ja im Eigentum der Stadt Graz) dann fordern wir auch eine grüne Gruabn.

Liebe Stadtregerer – wenn Ihr das vergessen haben solltet: Wir – die Bewohner – wählen Euch, und damit sitzen wir immer am längeren Ast.

*Mag. Eva Mileder
BI „Park statt Gruabn“*



ÖH Wahl 2005: KSV für freien Hochschulzugang

Der kommunistische StudentInnenverband – Linke Liste (KSV) kandidiert an der Karl-Franzens-Universität sowie der medizinischen Universität Graz und rückt im Wahlkampf vor allem dieses Thema in den Mittelpunkt.

„Es geht uns bei der Kandidatur darum, ein wirkliches Gegengewicht zur herrschenden Bildungspolitik zu etablieren. Wirkungen, wie überfüllte Hörsäle, der Mangel an Kurs- und Seminarplätzen haben auch eine Ursache. Sie sind nicht die Ausgeburt der kranken Hirne von Gehrler und Höllinger, sondern stehen in direktem Zusammenhang mit der ‚Logik des Markts‘, mit dem Kapitalismus, der sich andere Bereiche zwecks Profitmacherei aneignen will“, das meinte Hanno Wisiak, Vorsitzender des Grazer KSV und Spitzenkandidat für die ÖH-Wahl an der Uni Graz vom 31. Mai bis 3. Juni.

Der KSV will den Studie-

renden im Zuge der Wahlkampfauseinandersetzung auch klar machen, dass die katastrophalen Zustände nicht einfach durch eine neue Regierung verbessert werden können. „Das ganze hat schon eine erschreckende Eigendynamik bekommen“, so Wisiak. Unlängst wurde ein Papier der Rektorenkonferenz öffentlich, das weitere massive Einschnitte beim freien Hochschulzugang zur Folge haben wird.

Die Dreiteilung der Studien in Bakkalaureats-, Magister- und Doktoratsstudium wird immer mehr junge Menschen von der akademischen Karriere ausschließen. „Das Bakk“, erklärt Wisiak, „ist nichts anderes als eine uni-



KSV-Spitzenkandidat in Graz:
Hanno Wisiak

versitäre Schnupperlehre und eine Massenabfertigung. Beim anschließenden Master-Studium, werden viel weniger Studierende aufgenommen, was natürlich hauptsächlich Arbeiterkinder vermehrt ausschließen wird, weil diese größtenteils arbeiten müssen, um sich ihr Studium zu finanzieren.“

Auch an weitere Zugangsbeschränkungen wird gedacht. So sollen z.B. die Studiengebühren „freigegeben“ werden. D.h. die Unis bestimmen selbst, wie viel sie pro Semester verlangen. „Dass das mindestens zu einer Verdoppelung, wenn nicht Verdreifachung der jetzigen 363 Euro führen wird, ist wohl allen klar. Auch der angedachte Numerus Clausus wird Menschen, die sich keine Privatschulen oder kostspieligen Nachhilfestunden leisten können, den Zugang zu akademischer Bildung massiv erschweren“, so Wisiak weiter.

Als notwendig erachtet der KSV den Schulterschluss zwischen allen Universitätsangehörigen – also Lehrenden, Studierenden und Allgemeinbediensteten. „Eine Stimme für uns Kommunisten und Kommunistinnen ist zwar nicht die Lösung der Probleme, aber ein erster Schritt des langen Weges dorthin“, schließt Wisiak.

KURZ BERICHTET

KPÖ GRAZ: Initiativen im Gemeinderat

Anfragen von KPÖ-Mandatar/inn/en führten in der **Gemeinderatssitzung am 14. April** zu positiven Antworten zuständiger Stadtregierungsmitglieder.

So sicherte Stadtrat Rüscher, an einem runden Tisch gemeinsam mit anderen zuständigen Stadtregierern zu überlegen wie die Belastung der Anrainer/innen in der **Gradnerstraße (Graz-Puntigam)** durch eine Betonrecycling-Anlage reduziert werden kann. Der Schwerverkehr mit all seinen Begleitumständen hat seither sagenhaft zugenommen. Schmutz, Lärm lassen die Gradnerstrasse zumeist aussehen wie einen dürrigen Feldweg.

Bürgermeister Nagl sagte in der Antwort auf eine Anfrage von Gemeinderätin Taberhofer zu, sich dafür einzusetzen, dass **Opfer des Nationalsozialismus**, die auf Grund ihrer Homosexualität verfolgt worden waren, eine Entschädigung gemäß des Opferfürsorgegesetzes erhalten sollen.

In einer Novellierung der Geschäftsordnung des Grazer Stadtsenates soll die **Zuweisung von Bediensteten der Stadt Graz** nach dem Steiermärkischen Gemeindebedienstetenzuweisungsgesetz künftig dem Kollegialorgan Stadtsenat vorbehalten bleiben. Mit dieser Feststellung antwortete Bürgermeister Nagl auf eine Frage von KPÖ-Gemeinderat Schmalhardt. Anlass für die Anfrage war die Tatsache gewesen, dass die Zuweisung des ehemaligen Obmannes der Personalvertretung und jetzigen Geschäftsführers des BFI-Steiermark Willi Techt durch eine Dringlichkeitsverfügung des Bürgermeisters vorgenommen wurde.



Grüne Lungen für Graz?

Immer mehr Vorgärten und Innenhöfe werden für Parkplätze oder Betonburgen geopfert.

Grüne Flächen im zentralen Stadtgebiet der Landeshauptstadt Graz sind rar und natürlich auch teuer. Der Einsatz für den Erhalt von Grünraum in der Stadt ist laut Umweltextperten wichtiger denn je. In den letzten Jahren wurden viele Grünflächen zubetoniert.

Selbst in den Außenbezirken kann die zunehmende Verbauung nicht gestoppt werden. Immer öfter geht es den kleinen Vorgärten und ruhigen Innenhöfen an den Kragen. Dabei dienen gerade

sie in Zeiten von extremer Feinstaub-, Verkehrs- und Lärmbelastung als letzte Bastionen wie kleine, grüne Lungen, und nicht selten beliebtes Kommunikationszentrum für ganze Hausgemeinschaf-

ten, Wohnsiedlungen und nicht zu vergessen für die Vögel und Kleintiere unserer Stadt. Immer mehr Aktivbürger und Bürgerinitiativen haben den „wahren“ Wert von Vorgärten und Innenhöfen erkannt und kämpfen um deren Pflege und Erhaltung.

Denn: Jeder freut sich über ein kleines Fleckchen Grün und das Mehr an Lebensqualität.



bigshot

Grün ums Haus sorgt für Wohlbefinden bei den Bewohnerinnen und Bewohnern und sollte nicht dem Autoverkehr (Parkplätze) geopfert werden.

Sanierung der Gemeindewohnungen geht weiter

Bereits mehr als 560 städtische Wohnungen ohne Bad und teilweise mit WC am Gang wurden seit dem Amtsantritt von Stadtrat Kaltenegger bisher mit zeitgemäßen Nasszellen ausgestattet.

Damit ist man dem Ziel „Ein Bad für jede Gemeindewohnung“ einen riesigen Schritt näher gekommen. Heuer geht unter anderem die umfassende Sanierung völlig abgewohnter Häuser in der Triestersiedlung weiter. Die betroffene Wohnanlage war seit ihrer Erbauung Ende der Zwanzigerjahre des vorigen Jahrhunderts kein einziges Mal saniert worden. Sämtlichen früheren Wohnungsstadträten von SPÖ und ÖVP war eine Verbesserung der Wohnqualität in diesem Stadtteil offensichtlich kein Anliegen.



Stadtrat Kaltenegger: „Ein Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität in Graz ist auch die systematische Umstellung der Heizungen von Einzelöfen auf Fernwärme. Auch dies ist kein Luxus. Schließlich hat die gesamte Grazer Bevölkerung etwas davon, wenn weniger Schadstoffe in die Luft gelangen!“ Entschieden wendet sich der KPÖ-Mandatar weiterhin gegen jeden Versuch, die Grazer Gemeindewohnungen zu privatisieren. Schließlich haben auch mehr als 94 Prozent jener 13.147 Grazerinnen und Grazer, die sich an der Volksbefragung zum Verkauf der Gemeindewohnungen beteiligten, gegen eine Verscherbelung dieser wichtigen Säule der Sozialpolitik ausgesprochen.

Graz für Gesamtschule

In der Gemeinderatssitzung am 17. Februar kam es durch den dringlichen Antrag des KPÖ-Gemeinderates Andreas Fabisch (der von SPÖ und Grünen unterstützt wurde) zu einer klaren Willenserklärung der Stadt Graz in der ak-

tuellen Bildungsdebatte. Die beschlossene Petition spricht sich für die Einführung der Gesamtschule aller 10 – 15jährigen sowie für eine Senkung der Klassenschülerhöchstzahl aus und ergeht an den Bundesgesetzgeber.

Wohnen macht arm.

Ein Teuerungsausgleich für Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen ist dringend notwendig geworden. Das beweist die hohe Inflationsrate in Österreich.

Menschen mit niederen Pensionen, Arbeitslose oder Teilzeitbeschäftigte erhalten minimale oder gar keine Erhöhungen ihrer Einkünfte. Sie sind aber von der Teuerung

besonders stark betroffen. Sie lag im März bei 2,9 Prozent.

Die Wohnungskosten sind im Jahresabstand extrem rasch angestie-

gen: Mieten sind um 7,1 Prozent teurer als vor einem Jahr. Ausgaben für sonstige Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Wohnung, um Beispiel Betriebskosten, wurden

um 13 Prozent teurer. Haushaltsenergie war um 8,3 Prozent teurer als vor einem Jahr.

Deshalb fordert die KPÖ einen Teuerungsausgleich von 100 Euro.



Bezirksdemokratie

Wenn Diskussionen über Reformen der Demokratie unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgehalten werden, dann dürfen wir mit Recht daran zweifeln, ob diejenigen auch wissen, was Demokratie bedeutet. Die Bezirksvorsteher der ÖVP und der SPÖ haben bei internen Verhandlungen einen Forderungskatalog zur Statutenänderung der Bezirksvorsteher und Stellvertreter der Stadt Graz ausgearbeitet, so als ob es nur sie betreffen würde und vergessen dabei, dass sie in einigen Bezirken auf die Stimmen der KPÖ-Mandatare angewiesen sind.



KPÖ-Bezirksrat
Herbert Wippel
(Jakomini)

Bei dieser Auflistung der Forderungen handelt es sich zum großen Teil um einen Auszug aus den KPÖ Anträgen „Zur Aufwertung der Institution Bezirksrat“ aus den letzten Jahren. Allerdings zwei wesentliche Teile fehlen bzw. widersprechen unseren Vorstellungen der Demokratie und Bürgermitbestimmung:

1. Im Jahr 2004 wurde die jährliche Bezirksräteversammlung, bei der die Stadträte vor den Bezirksräten Rechenschaft ablegen mussten, abgeschafft. Alternativen, die wir dazu vorgeschlagen haben, wurden nicht behandelt!

2. ÖVP und SPÖ wollen lt. Forderungskatalog die jährlichen Bezirksversammlungen, bei der der Bezirksrat vor der Bevölkerung Rechenschaft ablegen muss, auch nur mehr als freiwillige Veranstaltung sehen, was mit der KPÖ-Forderung für mehr Transparenz in keiner Weise vereinbar ist.

Der Gipfel der Ironie jedoch ist, dass am selben Tag, an dem die Fa. ECOS im Auftrag der Stadt Graz ein Konzept zur Bürgerbeteiligung den Bezirkssprechern aller Parteien vorstellte, unser Bürgermeister und sein Stellvertreter zusammen mit Bezirkssprechern der ÖVP und SPÖ über die Auffassung mancher Bezirksämter verhandelten. Hierzu waren die Vertreter der KPÖ, Grünen und FPÖ natürlich nicht eingeladen.

Solange diese Überheblichkeit der beiden Großparteien solche Blüten treibt, kann jedes Reden über Demokratie und Bürgerbeteiligung nicht ernst genommen werden.



Gegen Veranstaltungslärm

Innere Stadt

Der Karmeliterplatz oder der Freiheitsplatz sind als Ort für mehrtägige, laute Veranstaltungen, die bis tief in die Nacht dauern, völlig ungeeignet. Deshalb wenden wir uns gegen alle Versuche, den Hamburger Fischmarkt nach den negativen Erfahrungen am Lendplatz jetzt sozusagen in der Grazer Stadtkrone zu etablieren.

Franz Stephan Parteder, 1. Bezirksvorstellvertreter im 1. Bezirk (KPÖ): „Wir haben als Bezirksräte mit den Klagen der AnrainerIn-



KPÖ-Innere Stadt erteilt Event-Spektakeln auf dem Karmeliter- und Freiheitsplatz eine klare Absage.

nen wegen des Veranstaltungslärms am Hauptplatz schon genug zu tun. Eine Häufung von Event-Spektakeln am Karmeliterplatz

oder Freiheitsplatz würde die Lärmbelastung in der Innenstadt nicht verteilen, sondern verdoppeln.“



Sanierung statt Absperrung!

Geidorf

Schon lange warten die Bewohner des Seniorenheimes in der Thodor Körner Straße auf die Sanierung der Gehverbindung zwischen der Körösistraße und der Fischergasse. Gerade Rollstuhlfahrer hatten es durch die hervorstehenden Baumwurzeln schwer. Anstatt den Weg zu sanieren wurde diese beliebte Abkürzung abgesperrt.

KPÖ-Bezirksrätin Grete Skedelj fordert die Wiederherstellung und Sanierung dieses Weges.

Seit Herbst vorigen Jahres wartet KPÖ-Bezirksrätin Gerti Stangl auf



KPÖ-Geidorf fordert die Sanierung des Durchganges Körösistraße zur Fischergasse.

die Verwirklichung eines Antrags, dass ein Wartehäuschen der Linie 31 in der Richard Wagner Gasse stadteinwärts errichtet wird. „Ich werde auch

weiterhin in dieser Frage nicht lockerlassen“, sagt Gerti Stangl. „Diese Haltestelle wird vor allem von älteren Menschen genutzt und hier gibt es oft lange Wartezeiten.“

KPÖ-BEZIRKS- UND GEMEINDERÄTE: VOR ORT FÜR SIE DA

Lend

Geringes Budget

Lend-Bezirksvorsteherstellvertreter Christian Carli (KPÖ) warnt vor einem finanziellen Aushungern der Grazer Stadtbezirke. Allein in Lend seien die Budgetmittel von 22.000 auf 11.000 Euro jährlich reduziert worden. Für Carli



werde es daher immer schwieriger, wichtige Institutionen wie Schulen, Kindergärten, usw. finanziell unter die Arme zu greifen. Außerdem sieht der KPÖ-Bezirksvorsteherstellvertreter im budgetären Aderlass auch eine immense Schwächung des gesamten Bezirksrates.

Jakomini

Mit dem Fahrrad unterwegs in Jakomini!

Der Bezirksrat Jakomini lädt alle NaturliebhaberInnen zum Kennenlernen unserer teils unbekannteren Parkanlagen ein. Voraussetzung zum Mitmachen: offene Augen und Ohren und ein Fahrrad.
Wann: 20. Mai 2005 um 15:30 Uhr
Wo: Treffpunkt Kirchnerkarserne, Schönaugasse
Dauer: ca. 2,5 Stunden

Neuer Fan-Sektor

Liebenau



Die KPÖ Liebenau fordert, dass der Fan-Sektor im Arnold Schwarzenegger Stadion umgeplant wird. Nach jedem Spiel liegt derzeit der ÖV lahm.

Verärgert zeigt sich der Liebenauer BV-Stv. Max Korp von der KPÖ über die geplante Verlängerung der Linie 4 in Liebenau zum Einkaufszentrum Murpark. Obwohl direkt vor dem Stadioneingang eine Haltestelle errichtet werden soll, wird wegen den Fans der gegnerischen Mannschaften regelmäßig der öffentliche Verkehr eingestellt. Korp fordert

daher im Zuge der ÖV-Planung eine Verlegung des Fan-Sektors in den Bereich der Eishalle, damit der Abgang nach einem Spiel ohne Einschränkung des öffentlichen Verkehrs durchgeführt werden kann. Außerdem fordert der Liebenauer Bezirksrat einstimmig, das die Buslinie 74 auch weiterhin das Stadion anfährt.

Bilder: silva phOto-art

Waldweg öffnen

Gösting



KPÖ-Gösting fordert die Öffnung des Waldweges.

„Stadtrat Gerhard Rüscher soll dahingehend Druck ausüben, dass der Waldweg von Gösting nach Raach wieder frei benutzbar ist“, so

KPÖ BV-Stv. Gerhard Strohmayer. Die Stadt sei für die Instandhaltung verantwortlich. Eine Sperre bis August sei für alle Betroffenen unzumutbar.

Straßgang



Endhaltestelle der Straßenbahnlinie 7 endet praktisch im Nirgendwo. Die Verlängerung nach Straßgang wäre notwendig.

Bim nach Straßgang

„Die Verkehrsproblematik in Straßgang nimmt katastrophale Formen an“, betont der Straßganger KPÖ BV-Stv. Kurt Luttenberger. Die Straßenbahnlinie 7 ende in Wetzelsdorf praktisch im Nirgendwo.

Eine Verlängerung der Bim bis zum Straßganger Bad mit Einbindung der neuen, zukünftig geplanten Siedlungs- und Naherholungsgebiete sei deshalb schon lange überfällig.

Gries

Wilde Müllablagerung

Zu Ostern wäre es wieder zu wilden Müllablagerungen vor der Firma Ban in der Idlhofgasse gekommen, betont Inge Arzon, KPÖ-Bezirksvorsteherstellvertreterin von Gries. Leider sei dies kein Einzelfall. Immer wieder versuchen Leute ihren Sperrmüll bei Nacht und Nebelaktionen los zu werden. Nun habe man seitens des Bezirkes mit der Firma Ban, Berg- und Naturwacht, Polizei und AEVG ein gemeinsames

Gespräch geführt, damit sich an dieser Situation endlich einmal etwas ändere. Ein weiteres Manko sieht Arzon durch die Endlos-Baustelle Karlau Platz. Bezirksbewohner seien verärgert, weil der Fußgängerübergang von der Schützgasse über den Karlau Platz zum Interpar noch immer nicht fertig gestellt ist. Jetzt kann Arzon allerdings beruhigen. Bis Ende Mai soll der Übergang fertig gestellt sein.



Der Fußgängerübergang Schützgasse/Karlau Platz soll bis Ende Mai fertig sein.

ANNONCEN

gesucht

Suche günstige **Kleinwohnung** in Graz, Telefon 243376 (abends)

Berufstätiges, junges Ehepaar sucht **50-60 m²-Wohnung** im Raum Graz oder Umgebung, Miete ca. € 300,- ab August 2005, Telefon 0650/7701277

Jungfamilie sucht **Kleingarten** zu mieten, Telefon 0664/5127234

Fleißige Frau mit Kind sucht erschwingliche **2-Zimmer-Wohnung**, würde auch Reinigungsarbeiten übernehmen; Telefon 0664/4868858

Berufstätige Frau sucht **günstige Wohnung** ca. 45-50 m² (auch möbliert oder teilmöbliert). Hat auch Interesse an einem Zimmer und würde gerne Mithilfe im Haushalt, Garten oder in anderen Bereichen anbieten. Telefon 0676/9243974

Nettes Ehepaar sucht **Wochenendhäusel** im Raum Graz-Umgebung zu mieten. Tel. 83 52 71

Berufstätiger Herr, allein-stehend, sucht günstige

Impressum: Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz., Tel. 71 24 79, Fax 71 62 91 email: stadtblatt@kpoe-graz.at



Kleinwohnung möglichst im Norden von Graz, Telefon 0660/3451360

3-Zimmer-Wohnung mit Balkon, Zentrumsnah, für berufstätige Familie mit Kind, gesucht. Tel: 0664/12 09 700

Wohnung oder kleines Haus in Graz oder Graz-Umgebung für eine 4-köpfige Familie (allein erziehende Mutter), Miete bis max. € 600,- inkl. BK. Tel: 0699/118 10 342 (Frau De Queriroz).

Angebot

Entrümpelungen und Entsorgungen werden zu günstigen Bedingungen erledigt. Anzurufen jederzeit unter 0676/42 288 19 Herr Kütük.

Spachtel-Meister übernimmt alle **Spachtelarbeiten**. Tel: 0664/79 007 18 Herr SABA

Kinderland-Flohmarkt

Info zur **Kinderferienaktion**

Samstag, 7.Mai05

Am Eisernen Tor/Herrengasse von 10.00 – 17.00 Uhr

BUCHTIP

Schwarzbuch Lidl



Angst am Arbeitsplatz, menschenunwürdige Arbeitsbedingungen, Missachtung von Rechten, Willkür von Vorgesetzten, Einkommen, die zum Leben nicht reichen. In diesem Buch wird erzählt, wie ein Unternehmen das 151.000 Menschen beschäftigt, vorgeht, um Rechte vorzuenthalten und geltende Gesetze zu umgehen.

Das Buch ist zum Diskontpreis im Buchhandel erhältlich.



Die Bildungsreihe der KPÖ Graz findet jeweils **um 16 Uhr 30** im Karl-Drews-Club, Lagergasse 98a/Schütz-gasse 16, 8020 Graz statt.

Freitag, den 22. April:
Arm und Reich in Österreich
Armut ist kein Schicksal, sondern eine Folge der Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird in unserem Land immer größer. Die glitzernde Warenwelt ist oft nur eine Kulisse, hinter der sich Elend verbirgt.
Sepp Wernbacher

Freitag, den 29. April:
Geschichte und Bedeutung des 1. Mai
Herbert Wippel

Freitag, den 13. Mai:
ÖH – Wahl 2005 - Der Kommunistische StudentInnen Verband
Die Ziele und Selbstverständnis des KSV als konsequente StudentInnenvertretung auf Österreichs Hochschulen
Hanno Wisiak

Freitag, den 20. Mai:
„Steirische KommunistIn-

nen im Widerstand“
Mag. Heimo Halbrainer

Freitag, den 27. Mai:
Innenhöfe im Bezirk Jakomini
Kommentierte Fotoausstellung (Fotografien von Edl-trud Ulbl-Taschner)

Freitag, den 3. Juni:
„Venezuela: Bericht einer Reise zur bolivarianischen Volksbewegung“
Was soll frau/mann von der „Bolivarianischen Revolution“ halten? Die BewohnerInnen von Armenvierteln gründen Stadtteilräte und verwalten sich selbst. Landlose kämpfen für die Agrarreform.
Gernot Bodner

Freitag, den 10. Juni:
„Alles, was Recht! Ist“
Informationen zu rechtlichen Grundlagen für Frauen, zu Frauenrechten und zu wichtigen Errungenschaften der Frauenbewegung der 70er und 80er Jahre.
Dr.in Elke Lujansky-Lammer (Anwältin für Gleichbehandlungsfragen von Frauen und Männern in der Arbeitswelt)



KPÖ-Klubobfrau Elke Kahr mit „Bernadette“: Ausgelassene Stimmung am Tuntenball 2005: Der traditionelle Ball der RosaLila PantherInnen fand am 19. Februar wieder mit Unterstützung der KPÖ im Grazer Congress statt.

„Traditional Blues-Duo“ im Cafe Cubino

Am Freitag, dem **29.04.05** gastieren Christian Masser (voc, guit) und Hans Felber (voc, harp) im Cafe Cubino, Sternäckerweg 16 mit ihrem Bluesprogramm im Stile der alten Mississippi-Veteranen. Herzhaft und kompetent wird den Gründungsvätern der Rockmusik (Muddy Waters, John Lee Hooker etc.) gehuldigt, Eigenständigkeit und Improvisationsfreude kommen dabei nicht zu kurz. Ein Tipp für Liebhaber zeitloser, grooviger Musik.

Beginn: 20 Uhr, Eintritt frei. Info: 0316/ 89 03 01



CM05014 Felsőmarác, HU, Nationalpark, 105km von Graz. 3 Zimmer, Bad, Küche, Kammer. 949m² Grund. Tel 0664-4409036. www.casa-mia.at

€ 18.350
Kaufpreis + Nebenkosten

casa mia
Casa Mia Hungary Bt, 9918 Felsőmarác, Fő út 66



CM04033 Felsőmarác, HU, Nationalpark, 105 km von Graz. Wohnhaus aus 2002, 250m² Wohnfläche, 6 Zimmer, 3 Bäder, Kachelofen, Fußbodenheizung, inkl. Vollholzküche. Gepflegtes Dorf. 3.000m² Grund. Tel 0664-4409036. www.casa-mia.at

€ 140.000
Kaufpreis + Nebenkosten

casa mia
Casa Mia Hungary Bt, 9918 Felsőmarác, Fő út 66



CM05018 Szőce, HU, Nationalpark, 115km von Graz. 2 Zimmer, Bad, Küche. 10000m² Grund. Telefon 0664-4409036. www.casa-mia.at

€ 16.350
Kaufpreis + Nebenkosten

casa mia
Casa Mia Hungary Bt, 9918 Felsőmarác, Fő út 66



Red:Out! Steiermark:
Treffpunkt jeden 1. Montag im Monat im Cafe BARcelona, Reitschulgasse 20, 8010 Graz; Info Tel: 0699/100 435 28

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 71 62 91 e-post: stadtblatt@kpoe-graz.at

43 Jahre alt und arbeitslos:

Als AMS-Kunde (seit 3 Jahren) konnte ich bis dato keine adäquate, weder durch die Bemühungen vonseiten des AMS noch durch meine eigene Initiative (100-erte Bewerbungen), Arbeitsstelle akquirieren; wobei mich meine privaten Bewerbungen bis jetzt 650 € gekostet haben und ca. 90% hiervon nicht einmal retourniert wurden. Da ich aber auf Grund meiner profunden Kenntnisse Optimist bin, hätte ich einen passenden Arbeitsplatz in Aussicht gestellt bekommen, mit der Auflage, ein fünfmonatiges Praktikum (vom AMS bezahlt), zu absolvieren. Dies wurde vom Bundessozialamt (ich bin 50% körperlich behindert – darf lediglich keine schweren Lasten tragen – bin aber sonst voll einsatzfähig) abgelehnt und auch vonseiten des AMS ist grundsätzlich eine solche Förderung nicht vorgesehen.

Außerdem habe ich dem AMS vorgeschlagen, bei Weiterbezahlung meiner Notstandshilfe das Praktikum kostenlos zu absolvieren, um meine Befähigung nachzuweisen – auch dies wurde kategorisch abgelehnt (da ungesetzlich) und meine Notstandshilfe wäre umgehend gestrichen. Ich werde als positiv denkender Mensch, mit 43 Jahren und überqualifiziert meine Bemühungen weiterführen und weitere Petitionsschreiben, sowohl an das AMS

als auch an private und behördliche Unternehmungen stellen.

Name und Adresse der Redaktion bekannt

Ein Euro für Parkeintritt

Vor Jahren noch diente der Schlosspark Eggenberg Besuchern und der Grazer Bevölkerung gratis zur Erholung. Dies hat sich aber mittlerweile geändert und man rupft den Besucher mit immerhin 1 Euro!

Vielen Besuchern ist daher ein oftmaliger Besuch unzumutbar.

Nicht geändert haben sich dagegen die Feste für geladene Seitenblickemenschen und Promillanten. Im Schloss Eggenberg, natürlich gratis, auf Kosten der Steuerzahler. Und das ist genannt!

Steirisch ausgedrückt: eine Sauerei! Ich warte nur noch, bis wir auch im Stadtpark und am Schlossberg Eintritt bezahlen müssen.

Und damit dies nicht weiterhin zum Genieren ist. Ändert dies, Ihr zuständigen Damen und Herren Politiker! Ändert dies!

Und vieles andere!

Klaus Günter, Graz

SPRECHTAGE

des Zentralverbandes
der Pensionisten Graz

Montag bis Freitag
von 9.30 bis 13.30 Uhr
Do. 9.30 bis 17.00 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz

Tel. 71 24 80

Wir helfen und beraten bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag auf „einmalige Unterstützung“
- Absetzbeträgen für Lohnsteuer wie Erwerbsminderung, Diät, usw.
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- bei anderen Problemen

Rat und Hilfe

Mieterschutzverband
Steiermark
Sparbersbachgasse 61

Tel. 38 48 30
(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)
Sprechstunden – Bitte
um tel. Voranmeldung!
Öffnungszeiten:
Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr
Freitag 9.00 – 11.30 Uhr
www.mieterschutzverband.at



Spielefest

mit Elterncafe

auf der
Grünanger
Spielwiese
(Andersengasse)

Samstag
30. April 2005
14.30 Uhr

Mit freundlicher Unterstützung durch
Das junge Amt
Graz

Wald darf nicht verschwinden

Der Wald in Ballungszentren hat seinen besonderen Nutzen im Naherholungswert für die Menschen, er stellt eine ökologische Nische für Tiere und Menschen dar und trägt vor allem auch zur Verbesserung der Luftgüte bei. Deshalb muss der Sicherung dieses Grünraums ein hoher Stellenwert zukommen.

Die Realität sieht jedoch leider anders aus, denn in den letzten Jahren wurden immer mehr

Inselwälder insbesondere von Immobilienhändlern aufgekauft und nach der Umwidmung in Bauland verbaut. Relativ kleine Waldgebiete in Graz verschwinden so sukzessive. Aus diesem Grund

hat KPÖ-Gemeinderätin Ulrike Taberhofer in einer der letzten Gemeinderatssitzungen eingebracht, dass die Bewilligung von Rodungsansuchen erschwert bzw. Aufforstungsmaßnahmen verstärkt eingefordert, kontrolliert und umgesetzt werden sollen und meint dazu, „dass die Interessen der Immobilienhändler nicht über die Interessen der Menschen in unserer Stadt gestellt werden dürfen“.



Gedanken zum 1. Mai

Der 1. Mai 2005 ist ein besonderer Tag.

KPÖ, SPÖ und christliche Arbeiterbewegung haben vor 60 Jahren noch vor der Gründung der 2. Republik den ÖGB als überparteilichen Österreichischen Gewerkschaftsbund gegründet.

Trotz vieler Fortschritte in den Jahrzehnten seither sind viele grundlegende Forderungen und Interessen der ArbeiterInnenbewegung und der Frauenbewegung unerledigt geblieben: Seit 30 Jahren gibt es keinen Fortschritt in der Arbeitszeitverkürzung, obwohl sich die Produktivität seither vervielfacht hat. Trotz massiver Belastungen am Arbeitsplatz werden die arbeitenden Menschen zum späteren Pensionsantritt verurteilt. Frauenlöhne und Pensionen betragen nach wie vor nur zwei Drittel jener der Männer. Arbeitslosigkeit und Armut sind die Kehrseite der immensen Profite, welche die großen Konzerne, Banken und Versicherungen, gefördert durch die Wirtschaftspolitik der EU und der Regierung, einstreifen.

Arbeitszeitverlängerung, Lohnraub, Rekordarbeitslosigkeit - das ist das wahre Gesicht des Kapitalismus.

Das zeigt: Der 1. Mai ist ein Feiertag, aber er ist auch ein Kampftag der arbeitenden Menschen.

- Für das Recht auf Arbeit zu menschenwürdigen Bedingungen!
- Für Arbeitszeitverkürzung!
- Für die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf alle Grundnahrungsmittel, auf Woh-

Für das Recht auf Arbeit und gerechten Lohn

Demonstration

10:30 Uhr Abmarsch vom Südtiroler Platz
- Musikalische Begleitung: die Gruppe Pura Energia
(Samba-TrommlerInnen)

Abschlusskundgebung am Eisernen Tor

Ab 13 Uhr

MAIFEST im Volkshaus

Lagergasse 98a

es unterhalten: Chris 4er Peterka
sowie Die Braven Buben

1. MAI 2005



in Stadt
+ Land

kaltenegger

KPÖ

nen und Heizung. Wir demonstrieren für die Wertschöpfungsabgabe als Grundlage der Finanzierung des Sozialversicherungs- und Gesundheitssystems!

- Wir demonstrieren für Frieden, Neutralität und für sozialen Fortschritt!

Dafür lohnt es sich, am 1. Mai auf die Straße zu gehen.

Franz St. Parteder

Im Anschluss an die Demonstration gibt es im Volkshaus Graz ein Maifest, zu dem wir unsere Leserinnen und Leser herzlich einladen.

Platz für Adressaufkleber

Wenn Sie das Grazer Stadtblatt regelmäßig – und kostenlos – zugesandt erhalten wollen, rufen Sie uns bitte unter
Tel. 71 24 79 an.
Fax: 71 62 91
post: 8020 Graz, Lagergasse 98a
elektronpost: stadtblatt@kpoe-graz.at